



Umfrage zur wirtschaftlichen Lage

Ergebnisse

Am 10. Januar habe ich eine Umfrage zur Stimmung und zur wirtschaftlichen Lage meiner Leser gestartet. Gefragt wurde zu drei Themenkomplexen: A) Verfügbares Einkommen, B) Woran wird gespart, C) Erwartungshaltung.

Die aus den Rohdaten gewonnenen Ergebnisse liegen jetzt vor.

A) Verfügbares Einkommen

Gefragt wurde nach dem Anteil des Netto-Einkommens pro Haushaltsmitglied, nach Abzug der Kosten für das Wohnen. Die Kosten für das Wohnen beinhalten Miete bzw. Kosten für Verwaltung und ggfs. Finanzierung, sowie Heizung und Nebenkosten.

Der Umfang der Stichprobe von 599 Befragungsteilnehmern lässt Aussagen über die Einkommensverhältnisse von 1.200 Personen zu.

Unterstellt man dass die Zahl der Haushaltsmitglieder in dieser Stichprobe dem beim Mikrozensus 2019 erfassten Stand entspricht:

- 42,3% Single-Haushalte,
- 33,2% 2 Personen,
- 11,9% 3 Personen,
- 9,1% 4 Personen,
- 3,5% 5 und mehr Personen,

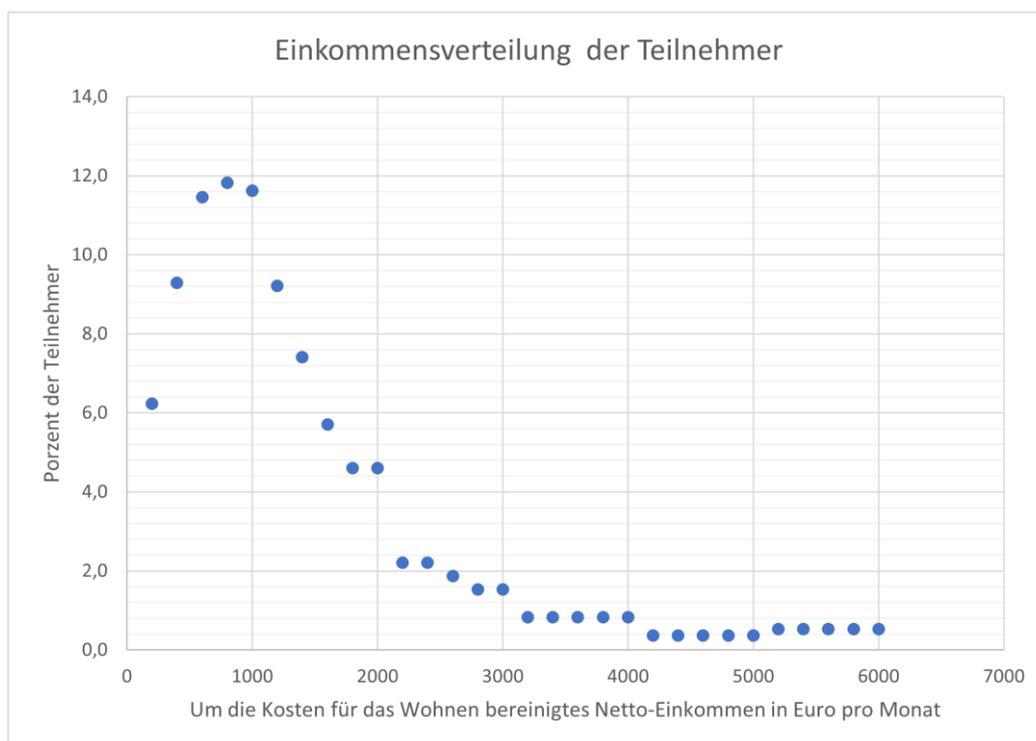
kann aus der Teilnehmerzahl darauf geschlossen werden, dass hier die Einkommensverhältnisse von rund 1.200 Personen dargestellt sind.

Mit dieser Fragestellung sollte erfasst werden, was dem einzelnen Menschen tatsächlich an verfügbarem Einkommen verbleibt. Diese Größe wird meines Wissens noch nirgends systematisch erfasst, ist jedoch ein guter Indikator für die Verteilung des Wohlstands auf die Bevölkerung.

Um die Aussage dieser Kennzahl zu verdeutlichen, hier einige Beispiele:

- a. Alleinerziehende Mutter, ein Kind, Netto, incl. Kindergeld, 1.900 Euro, Warmmiete 550 Euro, verbleibendes Netto pro Haushaltsmitglied: 675 Euro
- b. Arbeitnehmerfamilie, zwei Kinder im Haushalt, beide Eltern berufstätig, er netto 2.400, sie netto 1.200, Kindergeld 500 Euro, Warmmiete 950 Euro, verbleibendes Netto pro Haushaltsmitglied: 787,50
- c. Kinderloses Paar, er netto 3.800, sie netto 800, Warmmiete 1.600, verbleibendes Netto pro Haushaltsmitglied: 1.500 Euro

Das nachstehende Diagramm zeigt die Verteilung der so ermittelten Einkommen. Jeder eingezeichnete Punkt gibt zu jedem in der Waagrechten eingezeichneten Einkommenswert den prozentualen Anteil der Teilnehmer an, die über das entsprechende bereinigte Netto-Einkommen verfügen.



Das Median-Einkommen pro Haushaltsmitglied lag dabei knapp unter 1.000 Euro pro Monat. Das heißt, die Hälfte der Teilnehmer verfügte über ein monatliches Netto-Einkommen von null bis 999 Euro, die andere Hälfte über mindestens 1.000 Euro.

In der unteren Hälfte der Einkommensverteilung

fallen besonders auf:

- 10,02 Prozent mit 0 bis 299 Euro monatlich, also klar unterhalb der Grundsicherung
- 11,02 Prozent im Bereich der Grundsicherung mit 300 bis 499 Euro monatlich
- 14,86 Prozent knapp oberhalb der Grundsicherung mit 500 bis 749 Euro

Dies sind in Summe 35,9 Prozent der Befragungsteilnehmer, die mit ihren Haushaltsmitgliedern in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen leben.

Dieser Wert lässt sich nicht auf die Gesamtbevölkerung übertragen.

Meine Leser, also die Teilnehmer an dieser Umfrage, sind noch in der Lage längere Texte, samt ausufernder Schachtelsätze zu verstehen und wenden sich Themen zu, die im Mainstream nicht behandelt werden, bzw., deren Erwähnung bereits "verdächtig" macht. Sie dürften daher zum überwiegenden Teil vor 1970 geboren sein, was unter anderem bedeutet, dass Rentner eher überrepräsentiert an der Umfrage teilgenommen haben, und umgekehrt, dass die jüngeren Berufstätigen nicht ausreichend erfasst sind.

Dennoch ist die Zahl erschreckend, deutet sie doch darauf hin, dass weit mehr Menschen in Armut oder an der Armutsgrenze leben, als es die Zahlen der Sozialleistungsempfänger vermuten lassen.

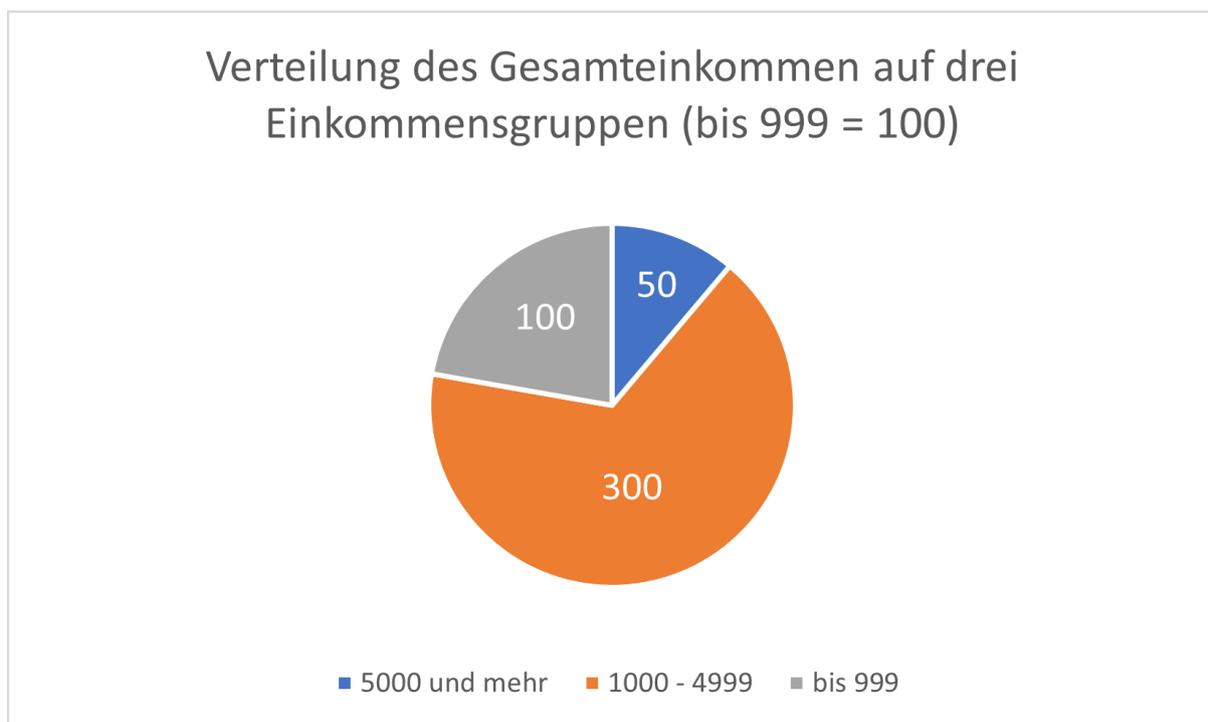
Jan Heinemann hat auf www.gegen-hartz.de über mehrere Studien berichtet, die besagen, dass Millionen von Anspruchsberechtigten (etwa 43 bis 56%) keinen Antrag auf Bürgergeld oder Grundsicherung stellen.

Die Daten von DESTATIS weisen per Ende 2021 6,6 Millionen Menschen aus, die Leistungen zur sozialen Mindestsicherung erhalten. Wenn es stimmt, dass es sich dabei nur um die Hälfte der Berechtigten handelt, muss von rund 13,2 Millionen Menschen, bzw. 16 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgegangen werden.

In meiner Umfrage erscheinen 21 Prozent der Teilnehmer als Anspruchsberechtigte, was auf das Ausmaß der hier vorliegenden Überrepräsentation (der "Arbeitsrentner") hindeutet.

In der oberen Hälfte der Einkommensskala gibt es keine signifikanten Auffälligkeiten.

Interessant noch die Feststellung, dass das verbleibende Gesamteinkommen der oberen Hälfte dem 3,5-fachen des Gesamteinkommen der unteren Hälfte entspricht, wobei diejenigen, die monatlich über 5.000 Euro und mehr verfügen, damit schon 50 Prozent dessen, was die untere Hälfte einnimmt, auf sich vereinen.



B) Woran wird gespart?

Leichtfertige politische Beschlüsse in der Energie- und der Außenpolitik, die unter Missachtung der Interessen der Wirtschaft und der Bevölkerung getroffen wurden, haben zu einer ansehnlichen Inflation geführt, die - ausgehend von der Knappheit an Energierohstoffen - inzwischen das Preisniveau insgesamt aus den Angeln gehoben hat. Dabei wird die tatsächliche Inflationsentwicklung noch nicht einmal gezeigt, weil die Übernahme der Abschlagszahlungen für Gas im Dezember 2022 durch den Bund schlicht aus der Inflation herausgerechnet wurde, obwohl das Gas dadurch natürlich nicht billiger geworden ist. Es zahlt halt nun der Steuerzahler in Form von Zins- und Tilgungsraten.

Über die von der Regierung angeratenen Einsparungen beim Heizen und Duschen, hat sich allerdings auch beim laufenden Konsum eine gewisse Sparnotwendigkeit ergeben, um mit dem Einkommen über die Runden zu kommen. Wer da woran spart, sollte mit dieser Umfrage herausgefunden werden,.

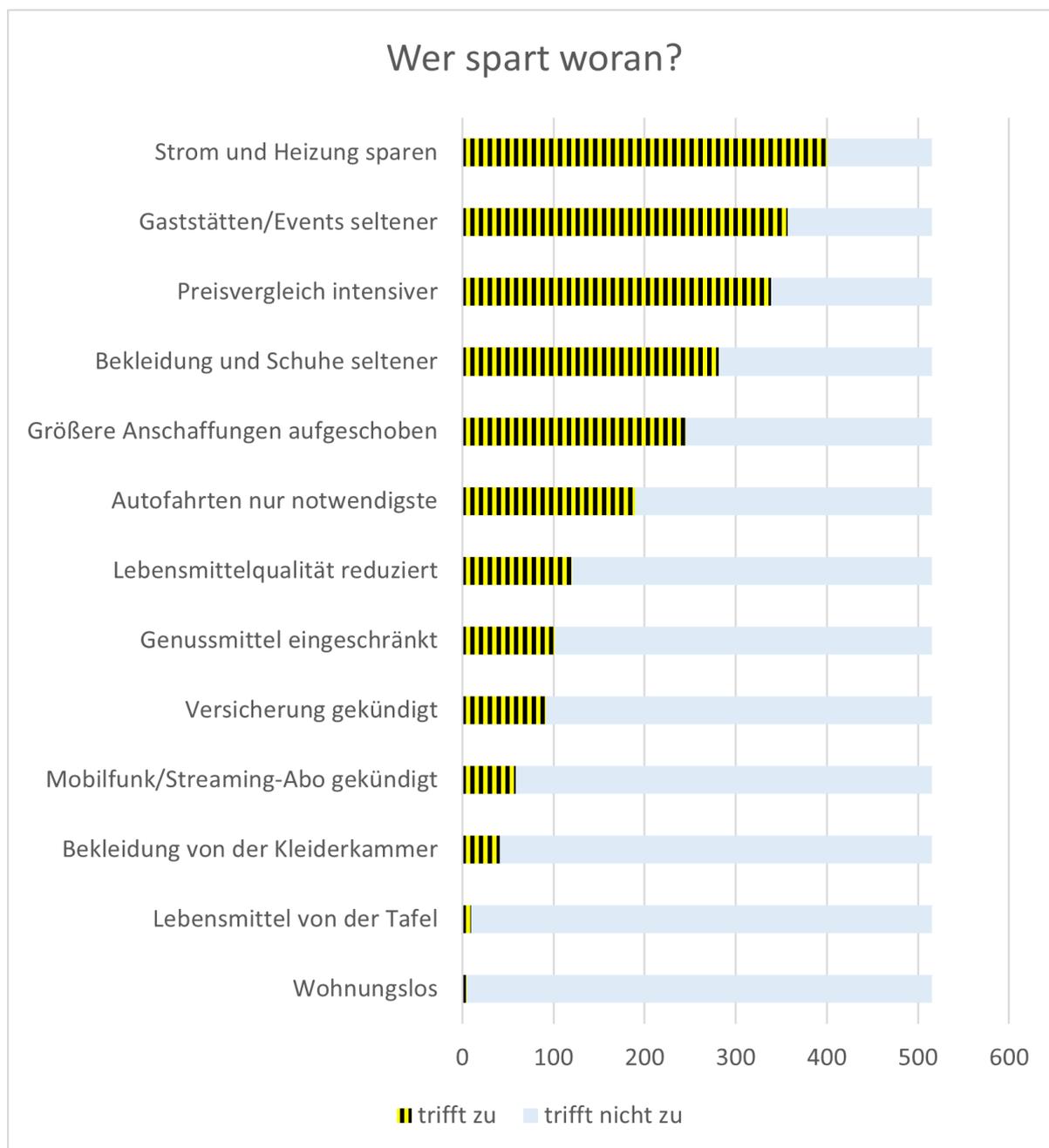
In diesem Fragenkomplex gab es 15 Auswahlmöglichkeiten. Mehrfachnennungen waren möglich. 599 Teilnehmer machten dazu 2.214 Angaben. Das heißt, dass von den Teilnehmern der Umfrage durchschnittlich 3,74 Sparmöglichkeiten wahrgenommen werden.

Das ist allerdings nicht ganz richtig.

- 10,39 Prozent der Teilnehmer erklärten nämlich, sie könnten ihren gewohnten Lebensstil ohne Einschränkungen aus ihrem laufenden Einkommen aufrechterhalten. Weitere
- 3.70 Prozent gaben an, ihren gewohnten Lebensstil weiter zu pflegen, dass sie dafür jedoch ihre Ersparnisse angreifen müssten.

Die tatsächlichen Sparmöglichkeiten wurden also auf jene 515 Umfrageteilnehmer verteilt, die tatsächlich Angaben zu Einsparungen gemacht haben.

Die nachstehende Grafik zeigt, wie viele Teilnehmer sich jeweils für welche Sparanstrengung entschieden haben.



Grundsätzlich sind in dieser Auflistung zwei Kategorien von Sparmaßnahmen zu unterscheiden.

Nämlich solche, die sich kaum auf die Wirtschaftsleistung auswirken und solche, die durchaus ein Loch ins BIP reißen können. Die Sparsamkeit bei Strom und Heizung fällt für's Erste aus dieser Betrachtung heraus, weil sie sich prinzipiell nicht negativ aufs BIP auswirkt, sondern sogar geeignet ist, den Abschwung - zwar nicht aufzuhalten, aber - zu bremsen.

BIP-relevante Einsparungen

- Seltener Gaststätten und Events besuchen

führt in diesen Branchen zu Problemen. Immerhin haben sich 60 Prozent der Befragten dazu bekannt. Der Umsatzeinbruch, der durch die Corona-Maßnahmen ausgelöst worden war, wird nun wegen dieser Sparsamkeit eine Fortsetzung finden. Dies wird, auch wegen der gestiegenen Kosten für die Unternehmen, viele weitere Gastronomiebetriebe und Veranstaltungsausrichter zur Aufgabe zwingen, sowie das Einkommen der auftretenden Künstler schmälern.

- Seltener Bekleidung und Schuhe kaufen,

das hat der Einzelhandel bereits gespürt. Mehrere große Filialketten sind in die Insolvenz gerutscht oder haben vorsichtshalber weite Teile des Filialnetzes geschlossen. Dieser Bereinigungsprozess ist noch nicht zu Ende. 54 Prozent der Befragten, die diesen Weg einschlagen, weisen auf einen massiven Einbruch hin.

- Größere Anschaffungen aufschieben,

ein Spareffekt, der oft nicht dem Sparwillen, sondern der Ebbe auf dem Girokonto geschuldet ist - und das bei 48 Prozent der Befragten. Wie bei Gastronomie und Bekleidung handelt es sich auch hier um einen Konsum, der überwiegend von der starken oberen Hälfte der Einkommensverteilung kommt und nun im Segment von 2.000 bis 4.000 Euro monatlich verbleibenden Einkommens zum Tragen kommen wird.

Das trifft die Bauwirtschaft,

weil die ganz großen Anschaffungen, die Eigentumswohnung und das eigene Haus, bei stark gestiegenen Materialpreisen und anziehenden Zinsen vom Wunschtraum zum Albtraum mutieren.

Das trifft die Automobilbranche,

die schon mit dem Problem "Verbrenner? Hybrid? Vollelektrisch?" zu kämpfen hat und weder für die Verbrenner, noch für die Vollelektrischen eine Energiegarantie geben kann. Neuzulassungen im Privatbereich werden also weiter rückläufig sein. Wie sich das Leasinggeschäft darauf einstellen wird, ist schwer vorherzusagen.

Das trifft die Möbel- und Einrichtungsbranche,

weil es die alte Couch und der Teppich gut und gerne noch ein paar Jahre tun.

Das trifft die Hausgerätebranche und die Unterhaltungselektronik, weil die Sparsamen den Kühlschrank und die Waschmaschine, den Fernseher und den Laptop erst dann ersetzen werden, wenn die Funktion nicht mehr gegeben ist und eine Reparatur aussichtslos erscheint.

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass Handel, Handwerk und Industrie von diesen Sparmaßnahmen betroffen sein werden, sich also ein "Sterben" entlang der Lieferketten abzeichnet.

- Versicherungs-, Mobilfunk- und Streamingverträge kündigen

Hier wollen zwar immer noch 28 Prozent der Befragten sparen, doch sehe ich diese Maßnahmen eher im Bereich der unteren Hälfte der Einkommensskala. Die betroffenen Unternehmen sind zumeist in der Lage, durch ihre Preisgestaltung gewinnwährend gegenzusteuern. Hier wird es nur einen geringen Druck auf das BIP geben.

Nicht BIP-relevante Einsparungen

- Wohnungslos, Tafel, Kleiderkammer, Sozialkaufhaus

Immerhin fünf Befragte gaben an, als Wohnungslose bei Verwandten oder Freunden zu campieren. Der Weg dahin dürfte weit gewesen sein. Diese Menschen leben zwar sparsam, aber einsparen können sie wohl nichts mehr. Gleiches gilt vermutlich auch für jene neun, die sich bei der Tafel mit Lebensmitteln eindecken und für jene 41, die sich Bekleidung aus der Kleiderkammer oder aus dem Sozialkaufhaus holen.

- Lebensmittelqualität reduziert

Hier dürfte sich vor allem die Abkehr von Bio-Produkten ausdrücken, der auch bereits etliche Bio-Spezialanbieter zum Opfer gefallen sind. Immerhin 23 Prozent haben sich das vorgenommen. Dies wird auf die Landwirtschaft zurückschlagen, vor allem aber auch so manchen Hofladenbetreiber zur Aufgabe zwingen. Der Konsum bricht aber nicht ein, er verlagert sich nur. Der Handel kann sich darauf einstellen, inländische Produzenten

hochwertiger Lebensmittel werden mit Umstellungsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Wer sich einmal der Mühe unterzogen hat, ein Bio-Zertifikat zu erhalten, wird nicht so einfach wieder auf konventionelle Produktionsmethoden umsteigen.

- Genussmittel eingeschränkt

20 Prozent wollen weniger rauchen, weniger Süßigkeiten und weniger Alkohol konsumieren. Da diese Artikel in den Sortimenten der Supermärkte nicht die bedeutsame Rolle spielen, und die Spezialgeschäfte eher auf die betuchte Kundschaft zielen, die das Sparen nur von melodramatischen Filmen kennt, wird das keine nennenswerten Spuren im BIP hinterlassen.

- Preisvergleich intensiver

hier soll ja nicht Konsum reduziert, sondern nur günstiger eingekauft werden. Das führt zwangsläufig zu weiteren Marktanteilen des Versandhandels und geht zu Lasten der stationären Fachgeschäfte. Insgesamt nur geringe Auswirkungen.

C) Erwartungshaltung

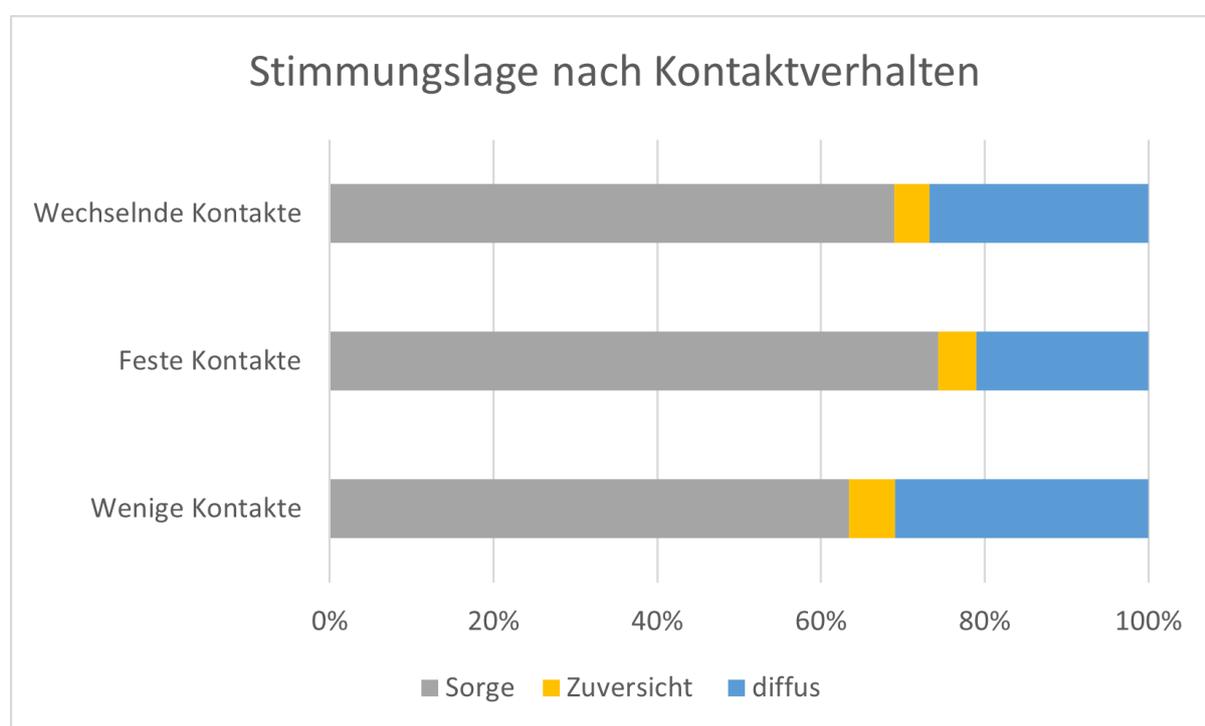
Gefragt wurde nicht nach der eigenen Erwartungshaltung, sondern danach, welche Erwartungen im persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz und im privaten Kontakt vorgefunden werden. Um - falls vorhanden - so genannte "Echo-Kammer-Effekte" zu erkennen, hatten sich die Befragten für eine von drei Gruppen unterschiedlicher Kontaktfreude zu entscheiden. Nämlich:

- Wenige Kontakte
also die Alten und Einsamen, die Eigenbrötler und Verlassenen, die Introversen, usw.
- Regelmäßige Kontakte im Familien, Freunden und Bekanntenkreis
näher spezifiziert: Monatlich mindestens 10 Kontakte in diesem Umfeld
- Täglich Kontakt zu mindestens 10, immer wieder wechselnden Personen
also die Verkäufer, die Handwerker, die Ärzte und Pflegekräfte, die Steuerberater und die Behördenmitarbeiter mit Publikumsverkehr, etc.

Innerhalb der gewählten Gruppe war dann anzugeben, ob der Eindruck entsteht,

- dass die meisten Kontaktpersonen sich Sorgen machen,
- dass die meisten Kontaktpersonen zuversichtlich sind, dass es spätestens 2024 wieder besser wird,
- oder dass sich Besorgte und Zuversichtliche in etwa die Waage halten.

Die Ergebnisse in den drei Gruppen unterscheiden sich kaum voneinander. Sorge und Pessimismus überwiegen bei Weitem.



Wie zu erwarten war, zeigte sich bei der Gruppe mit einem festen Kreis von Kontaktpersonen die geringste Zahl jener, bei denen sich Sorgen und Zuversicht ungefähr die Waage halten. Man kennt sich halt, neigt dazu, sich aufeinander einzustellen oder Kontakte einschlafen zu lassen, wenn die Diskrepanz der Einschätzungen zu groß wird.

Dass unter den Teilnehmer mit den wenigen Kontakten der Anteil derjenigen, die sich halb und halb von Besorgten und Zuversichtlichen umgeben fühlten, am größten ist, deutet darauf hin, dass es sich hier nicht nur um wenige, sondern auch um nicht wirklich selbst gewählte Kontakte handelt. Das sind womöglich die Mitarbeiter vom mobilen Pflegedienst, die Nachbarin, die Besorgungen

erledigt, eventuell der Friseur oder die Friseurin und die Bedienung im Café um die Ecke.

Aber unter den "Einsamen" ist auch der Anteil derjenigen, deren Kontakte Zuversicht ausstrahlen (5,6%), am höchsten. Da dürften vermutlich auch einige professionelle Mutmacher und Optimisten darunter sein.

Unter jenen mit vielen wechselnden Kontakten finden sich die wenigsten (4,3%), die mit Zuversichtlichen in Kontakt standen. Teilnehmer mit gefestigten Kontakten liegen in der Mitte (4,7%).

Auffällig ist auch, dass sich die Aussage jener 14 Prozent, die angegeben haben, trotz der Krisen und der Inflation ihren Lebensstandard zu halten, bei jenen, die überwiegend von Zuversichtlichen umgeben sind, nicht widerspiegelt. Lediglich eine gewisse Korrelation zu jenen mit den Einkommen ab 4.000 Euro aufwärts (5,6%) ist noch zu erkennen, wobei die Frage, ob es da tatsächlich einen Zusammenhang gibt, offen bleiben muss.

Die Stimmung ist ausgesprochen schlecht

Mehr als zwei Drittel der Befragten sind der Auffassung, unter ihren Kontaktpersonen (und da sind dann schnell einige Tausend betrachtet) herrsche überwiegend Sorge um die Zukunft.

Von einem "Wir schaffen das!", wie es Angela Merkel 2015/2016 sachgrundlos, aber erfolgreich, in die Welt setzte und so die Willkommenskultur auslöste, ist weit und breit nichts mehr zu erkennen.

Es kommt aber auch viel zusammen. Vor allem sehr viel Widersprüchliches.

Da ist die mit großem Einsatz geschürte Angst vor einer Klimakatastrophe, die mit der Angst um die bezahlbare und sichere Energieversorgung um die Vorherrschaft ringt, während ausgerechnet die Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen werden, um den Blackout zu vermeiden.

Da ist der immer noch coronaverliebte Gesundheitsminister, der mit Leichenbittermiene zum freiwilligen Maskentragen und zum Boostern auffordert, während andererseits das Gespenst der Nebenwirkungen, der plötzlich und unerwartet Verstorbenen und der immer noch möglichen Langzeitfolgen immer öfter und deutlicher in Erscheinung tritt.

Da ist der Fachkräftemangel, der unsere Wirtschaftsleistung und damit unsere Sozialsysteme bedroht, und auf der anderen Seite ist da dieser "ein Mann" mit

dem Messer, dem Beil, der Machete, und es sind da die "Gruppen", die auch mal zur "Partyszene" mutieren, und es ist da die Politik, die immer noch nach mehr ruft, weil die gesuchten Fachkräfte einfach nicht kommen, dafür aber immer mehr Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt auftaucht und die Überlastung der Sozialsysteme nicht mehr zu vertuschen ist.

Da ist der Krieg in der Ukraine, von dem die meisten kaum mehr wissen, als dass es sich um einen barbarischen Angriffskrieg handelt und dass Deutschland endlich den Leopard 2 liefern muss, während andererseits die roten Linien Putins, die im Grunde bereits überschritten sind, anzeigen, dass der Dritte Weltkrieg mit Sicherheit auch Deutschland nicht verschonen wird, wobei der Bundeswehr spätestens am zweiten Tag die Munition ausgegangen sein wird.

Da ist einerseits das Abwandern ganzer Branchen aus Deutschland zu besichtigen, dem von der unerbittlich ideologischen Politik noch kräftig Vorschub geleistet wird, was sich in einer schwer aufzuhaltenden Abwärtsspirale bis zur völligen Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit entwickeln könnte, und andererseits ist da die Inflation, die schon begonnen hat, die Ersparnisse aufzuzehren und die Unsicherheit für den Fall wirtschaftlicher Probleme, sei es durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit und in Bezug auf die Versorgungssicherheit im Alter, ins Gigantische wachsen lässt.

Da sind die Weltenlenker, die in Davos im Geheimen ihr Süppchen kochen, woran auch Vertreter unserer Regierung teilnehmen, die sich damit selbst in den Verdacht stellt, weniger den Schaden vom deutschen Volk abwenden, sondern die Agenda von Schwab und Gates und Musk und Soros, der UN, des IPCC und der WHO durchsetzen zu wollen. Auf der anderen Seite gibt es keine Opposition, die sich auf die Fahnen geschrieben hat, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und damit auch nur die geringste Chance hätte, die amtierende Koalition abzulösen und eine neue Politik zu wagen.

Fazit

Die Umfrage zeigt, dass die Hälfte der Befragten in Haushalten lebt, in denen pro Haushaltsmitglied monatlich weniger als 1.000 Euro, im Durchschnitt 565,50 Euro an frei verfügbarem Einkommen zur Verfügung stehen.

Auch wenn die Ergebnisse dieser Umfrage nicht repräsentativ sein können, deuten sie doch darauf hin, dass etwa 30 bis 40 Millionen Personen hierzulande als wirtschaftlich und sozial "abgehängt" betrachtet werden müssen. Es sind dies Menschen, für die schon in der Vergangenheit kaum eine Chance bestand, Rücklagen zu bilden, weshalb jedes Prozent Inflation einen spürbaren Einschnitt in die gewohnte Lebensgestaltung mit sich bringt. Von dieser Hälfte der Bevölkerung sind konjunkturelle Impulse zur Belebung des Konsums nicht zu erwarten.

Da, wo die Einkommen oberhalb des Medianwertes liegen, hat die Sorge vor einer weiteren Verschlechterung der Situation einen erheblichen negativen Einfluss auf das Konsumverhalten. Es wird vor allem bei größeren Anschaffungen - von der Eigentumswohnung über das Auto bis hin zur Spielekonsole - gespart, bzw. werden Ausgaben in eine Zukunft verschoben, die auch 2024 noch nicht angebrochen sein wird.

Der Binnenkonsum wird 2023 in spürbarem Maße - geschätzt bis zu 15 Prozent gegenüber 2019 - einbrechen. Die kostentreibende Inflation erschwert zugleich den Export. Die Abwanderung energieintensiver Branchen wird einen negativen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben. Wumms, Doppelwumms und die Kosten für rund 1,2 Millionen Asylbewerber und Ukraine-Flüchtlinge alleine aus dem letzten Jahr engen die finanziellen Spielräume des Staates ein, was durch eine Rekord-Neuverschuldung kompensiert wird.

Der Verzicht auf russische Energierohstoffe konnte bislang weder mengenmäßig, noch in Bezug auf die Beschaffungskosten, durch Verträge mit anderen Lieferanten kompensiert werden. Die Hauptursache der Inflation besteht also noch auf Jahre hinaus fort und wird zwangsläufig auf eine Lohn-Preis-Spirale hinauslaufen, die mit weiterem Wohlstandsverlust einhergehen wird.

Die stark überwiegende Sorge vor der zukünftigen Entwicklung zeigt, dass die Bevölkerung die Problematik zumindest intuitiv erkannt hat und sich darauf einstellt.

Der Kanzler hingegen, so gestern in der WELT zu lesen, strotzt vor Zuversicht.

[Link zum Artikel](#)